

31. MRZ 1959



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24884 - 39
Fernschreiber 0886890

P/KIV/72 - 31. März 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	So ändern sich die Zeiten ... Berater aus Bonn und Pankow - kein "Skandal" mehr	42
2	Nach dem Besuch bei Tito Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	39
3	"Wir stehen hier am Rande eines Abgrunds" Ministerpräsident Nehru über die Berlin-Frage	48
4 - 5	Einfaß oder bewusste Irreführung? Bemerkungen zur "Familienpolitik" der CDU Von Dr. Julius Brecht, MdB.	77
6 - 7	Unzulässige Ehrung eines Antisemiten Kieler Kultusministerium watscht nicht Bescheid	72

* * *
* * *

So ändern sich die Zeiten ...

sp - Wer vor einigen Jahren gesagt hätte, die Regierungen von Bonn und Pankow sollten zu einer internationalen Konferenz Beobachter oder gar Berater entsenden, der würde einen internationalen Skandal ausgelöst haben. Die gegen einen solchen Vorschlag damals vorgebrachten Argumente sind allzu bekannt, um sie heute noch einmal wiederholen zu müssen.

In diesen Tagen wird über die Teilnahme von Beratern aus Bonn und Pankow an der kommenden Außenminister-Konferenz so geredet und geschrieben, als habe es deswegen niemals eine Meinungsverschiedenheit gegeben. Selbst die kältesten kalten Krieger sind mit dieser Regelung einverstanden und blicken einen höchstens erstaunt an, wenn man sie vorsichtig fragt, wo denn ihre Proteste bleiben.

So ändern sich die Zeiten ...

Auch ein anderer Vorgang ist symptomatisch. Noch während der Pariser Tagung des Atlantik-Rates im Dezember vergangenen Jahres wurde heftig die Frage diskutiert, ob der Westen nicht "sein Gesicht verlieren" würde, wenn er bei einer kommenden Gipfelkonferenz das Berlin-Problem im Zusammenhang mit der Deutschland-Frage und dem Problem der europäischen Sicherheit auf der Verhandlungstisch bringen würde. Die SPD hatte schon seinerzeit darauf hingewiesen, dass der Westen eine Gesamtkonzeption entwickeln müsse, da der Versuch, eines der drei genannten Probleme isoliert lösen zu wollen in einer Sackgasse enden müsse.

Man könnte melancholisch werden, wollte man die Kommentare regierungsbevollmächtigter Journalisten jener Tage nachlesen.

Jetzt kommt aus Washington die Meldung, die Amerikaner drängen auf eine Synchronisierung der drei Probleme und sähen sogar eine lockere Föderation zwischen der Bundesrepublik und der DDR vor, um auf diese Weise eine Annäherung der beiden Teile Deutschlands herbeizuführen. Man spricht von der vorläufigen Erhaltung der Selbständigkeit der Bundesrepublik und der DDR, will jedoch in einer Übergangszeit gesamtdeutsche Körperschaften bilden, die sogenannte unpolitische Aufgaben übernehmen sollen. Parallel hierzu soll die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems mit einer Zone der Rüstungsbegrenzung und Kontrolle laufen und am Ende sollen dann freie Wahlen im Gesamtdeutschland und die Unterzeichnung eines Friedensvertrages stehen.

Elingt das nicht irgendwie bekannt?

Wir fragen uns nur, was die Leitartikel jetzt schreiben werden, die noch vor acht Tagen den Deutschland-Plan der SPD in der Luft zerrissen haben.

So ändern sich die Zeiten ...

Nach dem Besuch bei Tito

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nach den zuerst geführten Unterredungen zwischen der SPD-Parlamentarier-Delegation und führenden jugoslawischen Politikern in Belgrad waren bereits drei wesentliche Annäherungen zwischen den im Deutschland-Plan der SPD ausgedrückten Ansichten und den Anschauungen der jugoslawischen Gesprächspartner erzielt worden:

1. Mit der Bestätigung, der Deutschland-Plan der SPD sei realistisch, verbanden die Belgrader Verhandlungspartner das Zugeständnis, die in dem Plan entwickelten Ideen und Vorschläge zielten in dynamischer Weise auf die Wiedervereinigung.
2. Es besteht ein innerer Zusammenhang zwischen dem Problem der europäischen Sicherheit und dem der deutschen Wiedervereinigung. Dauerhaft und zuverlässig können diese beiden Probleme nur gemeinsam gelöst werden. Um jedoch einer Lösung näherzukommen, sei es unangebracht, mögliche Fortschritte in Richtung auf eines der beiden Ziele durch ein überstarres Verhandlungsjunktim zu erschweren.
3. Die im Deutschland-Plan der SPD vorgesehene zeitliche Stufenlösung entspricht der jugoslawischen Auffassung, daß die Wiedervereinigung Deutschlands nur ein langfristiger Prozeß sein könne.

Der Besuch auf der Adria-Insel Brioni, wo der jugoslawische Staatspräsident Tito die SPD-Delegation zu einer andertalbstündigen Unterredung empfing, bestätigte die Belgrader Annäherung nochmals. Außerdem machte dieses Gespräch auf einen sehr wichtigen Punkt aufmerksam. Seine definitiv positive Einschätzung des Deutschland-Plans der SPD durch Jugoslawien könnte entscheidend dazu beitragen, daß der Deutschland-Plan der SPD eine Unterstützung durch einige der von Staatspräsident Tito besuchten blockfreien Staaten der afro-asiatischen Welt erhält.

Dies ist um so mehr zu erwarten, weil Marschall Tito mit Nachdruck darauf hinwies, daß er in den Hauptstädten all der besuchten Länder auf das Deutschland- und Berlin-Problem angesprochen worden sei. Es liegt nahe, daß diese gegenseitigen Kontakte noch nachträglich aus Belgrad weiterwirken werden. Der Jugoslawien-Besuch der SPD-Delegation wird deshalb mit einiger Sicherheit dazu beitragen, daß der internationale Rahmen für die Erörterung des Deutschland-Plans der SPD maßgeblich erweitert wird.

"Wir stehen hier am Rande eines Abgrunds"

Der folgende Beitrag ist einer kürzlich gehaltenen Rede des indischen Ministerpräsidenten Nehru entnommen, in der er sich auch mit der Berlin- und Deutschlandfrage befaßte.

"Es gibt heute viele Probleme. Doch im Hinblick auf die Weltlage und auf Krieg oder Frieden haben wir noch immer das Berlin-Problem in Deutschland. Ich habe stets vermieden, mich mit dieser Frage zu befassen, weil man sich nicht gern für große Weltprobleme verantwortlich machen möchte. Da es eine wichtige Frage ist, haben wir selbstverständlich daran gedacht, wir haben sie mit anderen Ländern diskutiert und wir haben auf unsere Weise einige kleine Vorschläge gemacht, aber alle diese Vorschläge bezogen sich nicht auf die Politik im einzelnen, sondern nur darauf, dass man mit Milde und nicht mit Beschimpfungen vorgehen sollte.

Von diesem ungeheuren Problem wird in Zukunft Krieg und Frieden abhängen, vielleicht in diesem Jahre, vielleicht in 6 oder auch in drei Monaten. Was nützt es, wenn ich diese Persönlichkeit oder jene Nation verdamme. Niemand kann sagen, wer von beider Recht hat, mag sein, sie haben alle beide unrecht. Aber wir stehen hier am Rande eines Abgrunds und gewöhnen uns allmählich daran, weil der Zustand schon so lange dauert. Aber wer weisse, wann die Welt in den Abgrund stürzen wird.

Wenn wir mit Vertretern der einen oder anderen Seite zusammentreffen, so haben wir erkannt, das darf ich ehrlich sagen, daß von beiden Parteien zwingende Argumente vorgebracht wurden, und beide beruhten letzten Endes auf der Furcht vor dem anderen. Doch die Furcht ist ein schlechter Genosse. Wir haben versucht, beide Seiten zu verstehen. Wir beschimpfen sie nicht und wir verschließen unsere Herzen nicht vor ihnen. Wir haben uns erlaubt, vorzuschlagen, dass die Angelegenheit durch freundschaftliche Beratungen behandelt werden möge, auch wenn man vollkommen verschiedener Meinungen sein sollte. Es ist nicht unsere Sache, vorzuschlagen, dies oder jenes zu tun, nachzugeben oder nicht nachzugeben. Das wäre anmaßend. Alles, was wir vorschlagen können, ist, dass so weit wie möglich der Weg der Verhandlungen beschritten wird; denn jeder Verantwortliche und auch Nicht-Verantwortliche hat erkannt, dass ein Krieg vermieden werden muß.

Ich glaube, dass wir trotz rascher unglücklichen Aussagen in dieser Richtung gehen. "Wir" bedeutet nicht Indien, sondern jene großen Ländern, und man bemüht sich, einen Weg zu finden, der aus dieser Lage herausführt.

Ich habe mich gedrückt, als ich erfuhr, dass Präsident Eisenhower für den Gedanken einer Gipfelkonferenz eingetreten ist. Er hat vorgeschlagen, dass eine Konferenz der Außenminister und später eine Gipfelkonferenz stattfinden soll, und zwar in diesem Sommer, das bedeutet in zwei oder drei Monaten. Ich glaube, dass der Druck der Ereignisse und die Meinung der Völker aller Länder die Regierungen zu dieser Haltung veranlaßt. Ich weiss nicht, welche Resultate dadurch erzielt werden, da sie so eng verbunden sind mit den Leidenschaften, den Vorurteilen und der Furcht der Völker, und daneben gibt es die überwältigende Angst vor dem Kriege. So wird zwischen den beiden Ängsten hindurch eine Art Kurs verfolgt. Wollen wir hoffen, dass er sie aus der Gefahrzone heraushält."

Einfalt oder bewusste Irreführung?

Von Dr. Julius Brecht, MdB.

Als das Sparprämien-gesetz abschliessend im Bundestag beraten wurde, hat die CDU-Fraktion sich wieder einmal ein Kabinettsstückchen ihrer vielgerühmten Familienpolitik und ihrer Hilfe für kinderreiche Familien gelistet. Es handelte sich um die Höchstsätze, die künftig für gebundene Sparleistungen als sogenannte Sparprämien gewährt werden sollen. Für Unverheiratete ist die jährlich zulässige Höchstprämie auf 120,--DM festgesetzt, für die Verheirateten mit bis zu zwei Kindern auf 240,--DM. Das ergibt, daß ein Unverheirateter jährlich höchstens 600,--DM sparen darf, wenn er die höchstzulässige Prämie haben will. Bei einer Familie mit bis zu zwei Kindern geht das prämiengünstigste Sparen bis höchstens 1.200,--DM jährlich.

Grosse Einkommen bevorzugt

Die SPD-Fraktion hatte schon zu diesen Höchstsätzen beantragt, sie zu erweitern, so daß für Unverheiratete Sparleistungen bis zu 900,--DM jährlich durch eine Prämie belohnt werden könnten; für Familien mit 2 Kindern bis zu 1.800,--DM. Das hat die CDU-Fraktion stur und getreu einem Fraktionsbeschuß abgelehnt. Die großen Einkommensbezieher haben ihre enormen Steuervorteile in § 10 des Einkommensteuergesetzes behalten und ohne Zeitablauf gesichert bekommen, die Wohnungsbausparer haben bei wesentlich höheren Prämien auch grössere Sparchancen, nur dem Einkommensbezieher, der diese Vorteile nicht wahrnehmen kann, wird die Prämierung seiner Sparleistung so stark beschnitten. Dabei ist dieses Sparen ein viel grösseres Opfer und im Konsumverzicht viel einschneidender, als das steuerlich viel höher begünstigte Sparen reicher Leute. Daß namentlich auch das Sparen der Unverheirateten - überwiegend also der Jugendlichen - in der Prämierung benachteiligt wurde, macht die dauernden Appelle an die Jugendlichen, mehr zu sparen und für die spätere Gründung eines Hausstandes vorzusorgen, einfach unwahr und unglaubwürdig.

Wirklichkeit auf den Kopf gestellt

Das Tollste an Familienpolitik kam aber erst nach diesem ersten Schilfbürgerstreich. Auf Betreiben des Familienministers und der Familienverbände sollte den kinderreichen Familien auch im Sparprämien-gesetz ein sichtbarer Vorteil verschafft werden. Das machten die Regierung und die Regierungsparteien so, daß sie von der Annahme ausgingen, die kinderreiche Familie könne jährlich mehr sparen als eine Familie ohne Kinder. Die CDU-Fachspezialisten unterstellten einfach, die kinderreiche Familie könnte jährlich bis 1.800,--DM sparen, während die Familie ohne Kinder höchstens 1.200,--DM zusammenbringen könnte.

31. März 1959

Hier wurde die harte Wirklichkeit einfach auf den Kopf gestellt. Alle bisher abgegebenen Erklärungen, daß die kinderreiche Familie höher belastet sei, daß sie Schutz und Hilfe wegen dieser Mehrbelastung brauche, daß ihr steuerliche und sonstige Erleichterungen gegeben werden müssten, daß Kindergeld erforderlich ist, all das galt garnicht mehr: jetzt plötzlich ist die kinderreiche Familie leistungsfähiger und kann mehr sparen als eine Familie ohne Kinder. Grotesker kann die CDU-Familienpolitik wohl nicht mehr werden.

Dabei ist dieser Vorgang nicht erst überraschend in der Plenardebatte aufgekommen. Die CDU-Fraktion kannte vorher den Abänderungsantrag der SPD. Auch in den Ausschüßeratungen war das Thema schon behandelt und die geradezu unmögliche Regierungskonstruktion heftig kritisiert worden. Die CDU war also keineswegs überrascht. Trotzdem blieb sie bei ihrer sturen, hier infolge der grotesken Situation einfach nicht mehr verständlichen Ablehnung. Der sonst so streitlustige und alles besserwissende Familienminister schwieg. Ein halbwegs Einsichtiger hätte wenigstens noch den Mut, gesprächsweise die Zustimmung des Bundesfinanzministers auf der Regierungsbank zu dem abändernden SPD-Antrag einzuholen, aber er wurde abgewiesen. Eine unterschiedliche Prämie mache zu viel Verwaltungsarbeit! Der grösste Unfug kann anscheinend mit diesem Schlagwort sanktioniert werden.

Die CDU sagte "Nein!"

Die SPD-Fraktion hatte demgegenüber erneut und begründet beantragt, der kinderreichen Familien dadurch zu helfen, daß ihnen in jedem Fall, auch bei der kleinsten Sparleistung, eine höhere Prämie gewährt wird, weil ihr Sparen eine grössere Leistung ist. Während die Prämie sonst 20% beträgt, sollten kinderreiche Familien nach dem SPD-Antrag 25% erhalten. Die CDU sagte "Nein", wie sie es zu allen SPD-Anträgen treu und brav, aber ohne Sinn und Verstand gelernt hatte. Und warum? Für denjenigen, der die Dinge nicht genau kennt, sieht es nach aussen so aus, als ob die Kinderreichen mehr erhalten können als andere, nämlich eine Prämie bis 360,--DM statt 240,--DM. Das ist optisch und äussere Fassade! In Wahrheit kann eine solche höhere Prämie nur gegeben werden, wenn die kinderreiche Familie zuvor das Dreifache eines Unverheirateten gespart hat - wozu sie nach Ansicht der CDU in der Lage sein soll. Dazu kann man nur sagen: Heilige Einfalt - oder: Man will den kinderreichen Familien etwas vormachen, die Fassade und die Optik sind wichtiger als die ehrliche Wahrheit!

Unzulässige Ehrung eines Antisemiten

mu. - Nichts wäre falscher als die Bevölkerung Dithmarschens an der schleswig-kolsteinischen Westküste pauschal der Judenfeindslichkeit zu beschuldigen. In Dithmarschen gibt es Elemente uralter demokratischer Staatsverfassungen, war doch dieses Land bereits bis 1559 inmitten der Königreiche und Herzogtümer ein freies Bauernland. Aber dennoch ist Dithmarschen in den letzten Monaten immer mehr mit dem Antisemitismus ins Gespräch gebracht worden.

Ausgangspunkt dafür war im letzten Herbst eine Gedenkfeier für einen Mann namens Adolf Bartels, der dabei besonders durch den CDU-Bundestagsabgeordneten Glüsing gefeiert wurde. Hätte Glüsing in ein einschlägiges Lexikon geblickt, so hätte er feststellen können, daß Bartels ein "streitbarer Schriftsteller für die Reinheit der germanischen Rasse" und ein "antisemitischer Literaturhistoriker" war, der sogar im Dritten Reich einen Dithmarschen Ehrensold bekam.

In jedem Handbuch ist nachzulesen, dass der Name Adolf Bartels nicht von dem Antisemitismus in seinen Werken gelöst werden kann. Und wenn Glüsing sogar in einige dieser Werke geschaut hätte, es wäre ihm ein Leichtes gewesen, festzustellen, wie bössartig dieser Antisemitismus von Bartels dargestellt worden ist, und in welchem Umfange die Machthaber des Dritten Reiches diese Gedankengänge zum Ausgangspunkt ihrer antijüdischen Ideologie mit den grauenhaften Folgen machten.

Nach diesen Feststellungen, die Glüsing unterliess, hätte es dann nicht zur Ehrung Adolf Bartels' in Wesselburen vor der nach dem antisemitischen Schriftsteller benannten dortigen Schule kommen können, einer Schule, die den Namen erst 1933 durch die Provinzialschulverwaltung bekam. Glüsing hätte auch dem Kieler Kultusminister und seinem Parteifreund Osterloh einen bitteren Kampf zur Beseitigung dieses Schulnamens, der ja auch pädagogischen Wert besitzt, erspart.

Allerdings hätte man auch von der Wesselburener Stadtverwaltung die Einsicht erwarten dürfen, sich von der Vorstellung zu trennen, dass Adolf Bartels eben nicht nur ein mit Dithmarschen verbundener Heimatdichter gewesen ist. Jedenfalls weigern sich Stadtverwaltung, Magistrat und Ratversammlung, der Erlass von Kultusminister Osterloh zu befolgen, die Benennung der Schule nach Bartels rückgängig zu

zu machen. Dabei hat das Kieler Kultusministerium als Rechtsnachfolgerin der Provinzialschulverwaltung sogar ein formales Recht, das zu verlangen. Auch von dem Hinweis Osterlohs, dass sich in seinem Amtszimmer ein Stapel antisemitischer Berichte von Bartels befindet, die man jederzeit ansehen könne, haben die streitbaren Wesselburener Honoratoren nicht Gebrauch gemacht.

Betrübt kann man feststellen, dass auch in Heide eine nicht allzu grosse Einsicht besteht. Hier nahm zwar der Magistrat zur Kenntnis, dass die Genehmigung, eine Heider Volksschule nach Adolf Bartels zu benennen, zurückgezogen wurde, war aber nicht bereit, einen neuen Namensvorschlag zu machen. Dabei ist die schleswig-holsteinische Westküste durchaus mit grossen Dichtern verbunden, um nur Namen wie Theodor Storm, Detlef von Liliencron oder Klaus Groth zu nennen.

Nur ist es im Fall von Heide so, dass der Amtsvorgänger von Osterloh, der jetzige Kieler Innenminister Dr. Lemke (CDU), 1954 die Genehmigung gab, die neue Volksschule nach Adolf Bartels zu benennen. Auch dieser CDU-Politiker scheint nicht allzu sehr mit der deutschen Literaturgeschichte bewandert zu sein, aber auf alle Fälle wohl gleichfalls den Blick in ein einschlägiges Lexikon unterlassen zu haben.

Es ist sicher nicht möglich, den Heimatdichter Adolf Bartels von dem bössartigen Antisemiten Adolf Bartels zu trennen. Und so muss man dann auch die warnende Stimme erheben, wenn die Stadt Wesselburen jetzt mit dem Gedanken spielt, ein Adolf-Bartels-Museum auszubauen. Die ganze Angelegenheit wird sogar ein wenig grotesk, wenn man dazu erfährt, dass die sowjetischen Behörden bereit wären, das in Weimar lagernde Mobiliar von Bartels freizugeben.

Man kann froh darüber sein, dass sich der Dithmarscher Geschlechterbund, dem 15 000 alteingesessene Familien an der Westküste angehören, von der Absicht distanziert hat, auf der Wartburg und in Mübingen in den hinterlassenen Schriften von Martin Luther nach antisemitischen Äusserungen zu forschen, um sie dann in einem Flugzettel aufgezählt bei der Einweihung eines Klaus-Groth-Denkmales dem Kultusminister Osterloh als Beweis dafür vorzuhalten, dass nicht nur Adolf Bartels Antisemit war. Vielleicht ist es gut, wenn der Geschlechterbund zu einer anerkannten kulturellen Organisation erhoben wird, der man aus der Landesetat Dotationen gibt, nachdem er sich als aufgeschlossener in seiner Auffassung dem antisemitischen Literaturhistoriker Adolf Bartels gegenüber zeigte.

+ + +